**Mitteilung der Kommission im Hinblick auf die Änderung des vorübergehenden
Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu
Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise**

(2009/C 261/02)

1. EINLEITUNG

Der vorübergehende Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise gilt vom 17. Dezember 2008 bis zum 31. Dezember 2010 ⁽¹⁾.

Die mit Abschnitt 4.2 des Rahmens eröffnete Möglichkeit der Gewährung von mit dem Gemeinsamen Markt vereinbaren begrenzten Beihilfen gilt nicht für Unternehmen, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätig sind. Landwirte haben jedoch wegen der Finanzkrise zunehmend Schwierigkeiten, Kredite zu erhalten.

Nach der Mitteilung der Kommission an den Rat über die Lage auf dem Milchmarkt im Jahr 2009 vom 22. Juli 2009 (SEK(2009) 1050) und auf der Grundlage der Ergebnisse der Tagung des Rates der Landwirtschaftsminister vom 7. September 2009 soll nun eine eigene, begrenzte mit dem Gemeinsamen Markt vereinbarte Beihilfe für in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätige Unternehmen vorgesehen werden.

**2. ÄNDERUNGEN DES VORÜBERGEHENDEN
GEMEINSCHAFTSRAHMENS**

Die folgenden Änderungen des vorübergehenden Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise gelten ab dem 28. Oktober 2009:

1. Abschnitt 4.2.2 Buchstabe g erhält folgende Fassung:

„Vor der Gewährung der Beihilfe liegt dem Mitgliedstaat eine in schriftlicher oder elektronischer Form übermittelte Erklärung des betreffenden Unternehmens vor, in der alle anderen in dem laufenden Steuerjahr erhaltenen De-minimis-Beihilfen und anderen Beihilfen, die in dieser Regelung vorgesehen sind, angegeben sind. Der Mitgliedstaat überprüft, dass durch die vorgesehene Beihilfe der Gesamtbetrag der von dem Unternehmen im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2010 erhaltenen Beihilfen nicht über den

Höchstbetrag von 500 000 EUR bzw. bei Beihilfen für in der Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse ⁽²⁾ tätige Unternehmen nicht über den Höchstbetrag von 15 000 EUR steigt.“

2. Abschnitt 4.2.2 Buchstabe h erhält folgende Fassung:

„Die Beihilferegelung gilt als solche auch für Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen ⁽³⁾, es sei denn, die Beihilfe wird teilweise oder ganz an die Primärerzeuger weitergegeben. Wird die Beihilfe in der Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätigen Unternehmen gewährt (entweder direkt oder indem sie von Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen weitergegeben wird), beläuft sich die Barzuwendung (bzw. das Bruttosubventionsäquivalent) auf höchstens 15 000 EUR je Unternehmen; die Höhe der Beihilfe für in der Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätige Unternehmen wird nicht nach Maßgabe des Preises oder der Menge der vermarkteten Erzeugnisse bestimmt; die Beihilfe für in der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen tätige Unternehmen wird nicht nach Maßgabe des Preises oder der Menge der Erzeugnisse bestimmt, die beim Primärerzeuger gekauft oder von den betreffenden Unternehmen auf den Markt gebracht werden.“

3. Abschnitt 4.7 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die in dieser Mitteilung vorgesehenen Beihilfemaßnahmen dürfen für dieselben förderfähigen Kosten nicht mit Beihilfen kumuliert werden, die unter die De-minimis-Verordnungen fallen. Hat das Unternehmen vor Inkrafttreten dieses vorübergehenden Gemeinschaftsrahmens bereits De-minimis-Beihilfen erhalten, so dürfen die Beihilfen, die im Rahmen der in Abschnitt 4.2 vorgesehenen Maßnahmen gewährt wurden, und die bereits erhaltenen De-minimis-Beihilfen im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2010 nicht mehr als 500 000 EUR bzw. im Falle von Beihilfen für in der Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse tätige Unternehmen nicht mehr als 15 000 EUR betragen. De-minimis-Beihilfen, die nach dem 1. Januar 2008 vergeben wurden, werden von den mit dem Gemeinsamen Markt vereinbarten Beihilfen abgezogen, die gemäß den Abschnitten 4.3, 4.4, 4.5 oder 4.6 für denselben Zweck gewährt wurden.“

⁽¹⁾ ABl. C 83 vom 7.4.2009, S. 1 (konsolidierte Fassung einschließlich der von der Kommission mit der Mitteilung vom 25.2.2009 eingefügten Änderungen).

⁽²⁾ Gemäß der Definition in Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 70/2001 (Abl. L 358 vom 16.12.2006, S. 3).

⁽³⁾ Gemäß der Definition in Artikel 2 Absätze 3 und 4 der Verordnung (EG) Nr. 1857/2006.